



Interessierte Bürgerinnen und Bürger können den Newsletter im Wahlkreisbüro von Svenja Stadler (siehe Impressum) zum regelmäßigen Bezug per E-Mail bestellen.

Zukunftsforum #NeuerZusammenhalt

„Regionale Wertschöpfung – Wachstum in Deutschland und Niedersachsen“, über dieses Thema diskutieren Politiker und Praktiker auf Einladung der SPD Fraktionen in Bundestag und Landtag am 17. Mai in Hildesheim. Alle Informationen gibt es unter diesem [Link](#)

Ein Integrationsgesetz. Endlich!

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

nachdem unsere Forderung lange von der Union blockiert wurde, ist es nun soweit: Der Koalitionsausschuss hat sich auf Eckpunkte für ein Integrationsgesetz geeinigt. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik werden wir Integration verbindlich in einem Gesetz regeln. So geben wir jenen Menschen Orientierung, die neu nach Deutschland kommen, und machen Integration planbarer. Dieses Gesetz signalisiert: Leistung lohnt sich.

Wir erreichen damit, dass junge Menschen nicht länger in den Erstaufnahmeeinrichtungen zum Nichtstun gezwungen sind, sondern durch 100.000 zusätzliche Arbeitsgelegenheiten einer sinnvollen Beschäftigung nachgehen können. Deutlich früher als bisher erhalten Schutzsuchende Zugang zu Leistungen der Ausbildungsförderung.

Wir schaffen Rechtssicherheit für Betriebe, die ausbilden, und für Flüchtlinge, die eine Ausbildung anstreben. Um anerkannten Flüchtlingen und Asylberechtigten einen zusätzlichen Integrationsanreiz zu

geben, wird eine Daueraufenthaltserlaubnis erteilt, sobald Integrationsleistungen erbracht worden sind. Darüber hinaus spielt weiterhin die jeweilige politische Lage in den Herkunftsländern bei der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen eine Rolle.

Der Anspruch auf die Teilnahme an einem Integrationskurs soll auf das erste Jahr nach Ankunft befristet sein. Denn Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive müssen möglichst schnell einen Kurs besuchen können, um ordentliche Grundkenntnisse für das Leben in Deutschland zu erhalten.

Mit dem Integrationsgesetz schreiben wir zum ersten Mal die Angebote und die Erwartungen an Integration verbindlich fest. Damit haben wir eines unserer zentralen Anliegen durchgesetzt.

Das war der erste Schritt. Aber es gibt noch viel zu tun auf dem Weg zu einem zeitgemäßen Einwanderungsgesetz.

Ihre

Was ist eigentlich – eine Briefkastenfirma?

Briefkastenfirmen sind bloße Hüllen mit einem offiziellen Eintragungsdatum und Firmennamen, hinter denen keine oder sehr eingeschränkte wirtschaftliche Aktivität steckt. Sie haben nur die Aufgabe, ein Vermögen zu verwalten. Häufig haben sie ihren Sitz in fernen Regionen, in sogenannten Steuer-oasen wie auf den Bahamas. Dort sind nur sehr wenige Steuern fällig,

Geschäfte können dort diskret und relativ unbeobachtet abgewickelt werden. Sinn einer solchen Firma ist zumeist, die Verschleierung der realen Eigentümer. Zudem kann so ein komplexes Unternehmenskonstrukt gebildet werden, das durch die Finanzämter nicht so schnell zu überschauen ist und kontrolliert werden kann. So lassen sich Geldflüsse verschleiern und Steuern

oder Haftungsfragen umgehen. Besitzer von Briefkastenfirmen können durchaus legitime Absichten verfolgen, oftmals dienen Briefkastenfirma aber illegalen Aktivitäten. Im Rahmen der Enthüllungen um die Panama Papers fordert die SPD daher schärfere Regeln. Mehr Informationen gibt es in einem Erklär-Video der SPD-Bundestagsfraktion (siehe Seite 3).

Dorfläden futsch, Mobilität eingeschränkt

Die Klage über das Verschwinden der Dorfläden und Arztpraxen aus dem nahen Umfeld wurde von mehreren Gästen der Dialogveranstaltung „Gut leben. Überall“ der SPD-Bundestagsfraktion geäußert. Ins Hollenstedter Küsterhaus hatte Svenja Stadler eingeladen, um über gleichwertige Lebensverhältnisse diskutieren zu lassen.

Dr. Jens Zimmermann, Leiter des Projekts #NeuerZusammenhalt der SPD-Bundestagsfraktion, verwies zusätzlich auf das Thema Mobilität, das seiner Ansicht nach im ländlichen Raum komplett neuer Lösungsansätze bedarf: „Das Internet verändert den Alltag in allen Winkeln des Lebens. Warum beispielsweise soll ein Dienst wie die Firma Uber ihn anbietet, nicht vor allem im Ländlichen funktionieren?“ Der Online-Fahrdienstanbieter könne eine Alternative zum im dörflichen Kontext oft zu starren ÖPNV sein. „Die Frage an uns Bundespolitiker wäre dann, wie und unter welchen Bedingungen könnten wir so etwas erlauben und den Weg ebnen.“



Diskutierten mit den Gästen im Küsterhaus (v. l.): Dipl.-Ing. André Novotny und die Bundestagsabgeordneten Svenja Stadler und Dr. Jens Zimmermann vom Projekt #NeuerZusammenhalt.

„Mit den auf öffentliche Dialoge ausgerichteten Projekten wollen wir wichtige Themen der Gegenwart und Zukunft anpacken“, so Stadler, stellvertretende Projektleiterin #NeuerZusammenhalt. „Unser Teilprojekt widmet sich der Sicherung der Daseinsvorsorge.“ Der Bund könne hier zwar meist nicht direkt in die kommunalen Befugnisse eingreifen, sehr wohl aber einige Weichen stel-

len. Die Befürchtung von Referent André Novotny (IGBV Lüneburg), dass Dörfer aussterben würden, weil man sie sich nicht mehr leisten könne, legte den Finger in eine Wunde. Oft bekomme man zu hören, das sei zu teuer, wenn es beispielsweise um den Erhalt eines Dorftreffpunkts gehe. „Diesen Tendenzen wollen und müssen wir etwas entgegensetzen“, betonte Stadler.

Plattform Deutschstunde.eu an den Start gegangen

Ob zum Lehren oder zum Lernen der deutschen Sprache: Die von der Hamburger Unternehmerin Maria Leenen initiierte Internetplattform Deutschstunde.eu bietet beides. Hier können Lehrende ehrenamtlich ihre Kenntnisse zur Vermittlung anbieten und Lernwillige können darauf zugreifen, finden über das Onlineportal kostenlose Kurse oder Sprachtrainings in ihrer Umgebung.

Die soeben gestartete Plattform bringt Menschen, die Deutsch lernen wollen, mit Menschen, die Deutsch unterrichten wollen, zusammen. „Miteinander sprechen zu kön-



Man traf sich in Hamburg (v. l.): Svenja Stadler, Maria Leenen, Antorlina Mandal, Dr. Matthias Bartke und Julia Tegtmeier.

nen, das ist die Voraussetzung für Integration und Austausch“, sagt Leenen. Darüber hinaus kann man auf Deutschstunde.eu nach Räum-

lichkeiten, die für Deutschkurse zur Verfügung stehen, sowie nach einer Kinderbetreuung während des Unterrichts Ausschau halten.

„Für die hier schutzsuchenden Menschen ist neben der Sprache vor allem die Vernetzung untereinander enorm wichtig“, so Svenja Stadler, die sich jetzt gemeinsam mit Parteikollege Dr. Matthias Bartke das Projekt in Hamburg vorstellen ließ.

„Die Plattform ist eine ganz tolle Möglichkeit für Deutsch lernende Ausländer, nicht immer wieder bei null anfangen zu müssen“.

➡ zur Plattform Deutschstunde.eu

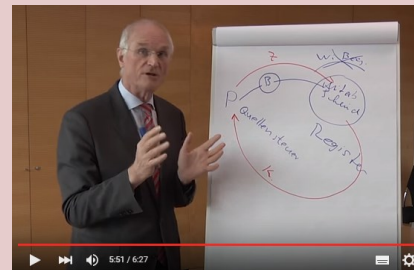
Besuch aus Nindorf und Jesteburg

Gleich zwei Hospitanten aus dem Landkreis Harburg waren jetzt zu Gast im Deutschen Bundestag: Mara Lerch aus Nindorf (Samtgemeinde Hanstedt) verbrachte den zweiten Teil ihres Schülerpraktikums im

Bundestag (ihr Bericht auf der folgenden Seite des Newsletters) und Ole Bernatzki, Unternehmer aus Jesteburg, absolvierte ein Kurzpraktikum im Büro von Svenja Stadler. Vielen Dank für die schöne Zeit!



#Panamapapers



Was hat es mit den Panama Papers auf sich? Wie funktioniert das System der Briefkastenfirmen genau? Und was kann die Politik dagegen machen? Lothar Binding, finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestags Fraktion, hat jetzt ein Video gedreht, um Licht ins Dunkel zu bringen. Er beschreibt auch, wie die SPD-Fraktion das System des Steuerbetrugs bekämpfen will.

Mindestlohn wirkt

Aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamtes belegen, dass sich der Mindestlohn für vier Millionen Menschen auszahlt. Das sind mehr als 10 % aller Beschäftigten in Deutschland und rund 300.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr als ursprünglich angenommen. Für



vier Millionen Beschäftigte bedeutet das eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 18 %. Die Zahlen machen deutlich, dass der Mindestlohn zu mehr Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt führt. Das zeigt sich vor allem in Branchen, in denen Schutzstandards fehlen. Vor allem Frauen kommt der Mindestlohn zugute, denn zwei Drittel der Beschäftigten, die durch den Mindestlohn mehr Lohn bekommen, sind Frauen.

„Engagement macht glücklich!“

Gute Nachrichten aus dem Bürgerschaftlichen Engagement: Laut dem kürzlich veröffentlichten Deutschen Freiwilligensurvey 2014 engagieren sich 30,9 Millionen Bürgerinnen und Bürger in Deutschland freiwillig für andere. Das sind gut sieben Millionen mehr als vor fünf Jahren. Zudem ist die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sich freiwillig zu betätigen, gestiegen. Allerdings sind sowohl das tatsächliche Engagement als auch die Bereitschaft dazu nach wie vor abhängig vom Bildungsniveau. Der Freiwilligensurvey ist die größte und wichtigste Studie zum Bürgerschaftlichen Engagement in Deutschland.

„Immer mehr Menschen engagieren sich in den unterschiedlichsten Bereichen für andere Menschen. Das ist für mich die wichtigste Erkenntnis aus dem Survey“, so Svenja Stadler, engagementpolitische Sprecherin in der SPD-Fraktion. „Und für die Engagierten selbst gibt es auch noch gute Nachrichten: Engagement macht glücklich! Der Umfrage zufolge sind

Menschen, die sich freiwillig engagieren, zufriedener als diejenigen ohne ein Engagement.“

Zwar ist das freiwillige Engagement in allen Bevölkerungsgruppen angestiegen, dennoch sind Menschen mit hoher Bildung deutlich stärker vertreten als Personen mit niedrigerer Bildung. Dabei bietet gerade auch das freiwillige Engagement sehr gute Möglichkeiten, neue Lernerfahrungen zu sammeln. Drei Viertel der Befragten geben an, im Engagement sowohl soziale Fähigkeiten erworben zu haben als auch neue Fachkenntnisse. Ziel muss es daher sein, Gruppen, die bisher unterrepräsentiert sind, verstärkt fürs Engagement zu begeistern. Dafür eignen sich ganz besonders die Freiwilligendienste, die mit ihren Bildungsangeboten und ihrer speziellen Ausrichtung einen guten Einstieg bieten. „Wir von der SPD wollen diese Dienste auch für Menschen mit einem besonderen Förderbedarf ausgestalten und weiterentwickeln“, so Stadler.

Schülerpraktikantin Mara berichtet

Mara Lerch (15) aus Nindorf besucht die zehnte Klasse am Gymnasium Salzhausen. So erlebte sie ihr Praktikum (1. Woche Winsen/ 2. Woche Berlin) bei Svenja Stadler: „Meine erste Woche begann im Wahlkreisbüro in Winsen. Am Montag bekam ich einen ersten Überblick über das Büro und habe einige Mitarbeiter kennengelernt. Danach durfte ich vieles über TTIP und CETA erfahren, ich verstand wie schwierig das Thema ist, welches ich am folgenden Tag weiter durchnahm. Wir besprachen die nächsten Tage und die nächste Woche. Am Mittwoch recherchierte ich viel über die „Panama Papers“. Am Abend war ich mit auf der Veranstaltung „Stadler im Gespräch“ in Nenn-dorf, wobei die Themen TTIP und Flüchtlingsproblematik oft angesprochen wurden, welche auch mich sehr beschäftigen. Donnerstag begann ich diesen Artikel zu verfassen und suchte unter anderen die Änderungen des Kreditvergabe Gesetzes raus, da diese am Abend zuvor angesprochen wurden. Die Woche ging schnell vorbei und mir wurde bewusst, dass

ich in dieser kurzen Zeit schon viele Erfahrungen gemacht habe und in interessanten Themen einen Einblick bekommen konnte.



Im Büro in Winsen: Svenja Stadler informiert Mara über die anstehenden Wahlkreistermine.

In der zweiten Woche war ich in Berlin. Der erste Tag begann mit einem Teammeeting, indem wir die nächsten Tage besprochen haben. Danach waren wir bei einem Gespräch mit Freiwilligendienstleistenden dabei. Am Dienstag durften wir bei der Arbeitsgruppe Bürgerschaftliches Engagement dabei sein und anschließend zur Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend (FSFJ) mitkommen. Als letztes bekamen wir eine Führung durch den

Bundestag. Der Mittwoch fing mit dem Ausschuss FSFJ an und ging mit der Arbeitsgruppe Bürgerliches Engagement weiter. Dieser Tag hörte mit dem Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement und einem Obleutegespräch auf. Donnerstag waren wir bei der Projektgruppen-Sitzung, danach im Plenum und bei einer Praktikantenvorstellung im Deutschen Dom. Zuletzt durften wir eine Diskussion der Parlamentarischen Linken anhören, wobei es um das Thema Globale Kooperation für Frieden ging. Und da war er schon, der letzte Tag meines Betriebspraktikums, der Freitag, an dem wir eine Teambesprechung hatten und ein Abschlussgespräch. Diese Woche zeigte mir ein ganz anderes Bild von dem Beruf einer Bundestagsabgeordnete und ich war erstaunt wie voll der Terminkalender ist und wie lang ein Tag von Svenja Stadler sein kann. Ich habe viele wertvolle Erfahrungen gemacht und würde jedem ein Praktikum empfehlen, da es mir viel gezeigt und Spaß gemacht hat.“

Mara Lerch

Aufgeschnappt

„Satire ist nicht der Feind der heilen Welt, sondern die Forderung danach.“

Werner Schneyder (*1937), Kabarettist

Impressum

Svenja Stadler, MdB
Marktstraße 34
21423 Winsen
Tel.: (0 41 71) 6 92 90 90
Fax: (0 41 71) 6 92 90 99
Email: svenja.stadler@bundestag.de



Redaktion

Berliner Büro:
M. Delius/S. Tobiasen
A. Knobloch-Minlend
Wahlkreisbüro:
F. Augustin/A. Wolter-Deibele/
L. Ritz

Kultursommer 2016 ohne Grenzen

Vor rund 120 Gästen wurde jetzt im Museum am Kiekeberg der dies-jährige Kultursommer im Landkreis Harburg eröffnet. Es ist bereits der sechste und von April bis September stehen in diesem Jahr weit über 100 Veranstaltungen, Konzerte und Ausstellungen auf dem Programm. Das Motto 2016 lautet „Grenzenlos“. „Damit sind viele Assoziationen möglich, nicht nur der Bezug auf die Flüchtlingssituation“, so Svenja Stadler,



Svenja Stadler bei der Eröffnung des Kultursommers 2016 mit (v. l.) Olaf Krause (SPD), Marc von Iffer (Kiekeberg), Emily Weede (Wassermühle Karoxbostel), Prof. Dr. Jens-Rainer Ahrens (SPD), und Prof. Dr. Rolf Wiese (Kiekeberg).

Foto: Weede

die beim Auftakt unter den Gästen war. „Ich bin gespannt auf die kreativen Einfälle!“